

Zeitungs-Beilage

Vierundfünfzigster Jahrgang.

Bezugspreise:
für Halle monatlich bei zweimonatlicher
Anstellung 7.50 Mark, vierteljährlich
22.50 Mk., durch die Post 25.50 Mk.,
auschl. Zustellungsgebühren. Be-
stellungen werden von allen Reichs-
postämtern angenommen. Zum
amtlich. Zeitungsergebnis unter
Scale-Zahlung eingetragen. Für
unverlangt eingegangene Manu-
skripte wird keine Gewähr über-
nommen. Nachdruck nur mit der
Quellenangabe, Scale-Zahlung ge-
stattet. Ferner der Geschäftsleitung li.
1140, der Anzeigen-Abtlg. Nr. 1418
u. 7411, der Bezugs-Abtlg. Nr. 1133

Anzeigenpreise:
Die 8 gespaltenen 34 mm breite Milli-
meterzeile oder deren Raum 60 Pf.,
Familienanzeigen 40 Pf., Restamen
bis 24 mm breite Millimeterzeile
2.50 Mark. Anzeigen nehmen an
unserer Geschäftsstelle u. sämtliche
Anzeigenstellen. Erfüllungsort:
Halle. Geschäftszeit täglich 2 mal,
Sonntags und Feiertagen 1 mal.
Erscheinung an Haupt-Ge-
schäftsstelle: Halle, Neue Prome-
nade 1a, Dr. Draubaustr. 17.
Haben u. Geschäftsstellen: Große
Mühlstraße 52 und Markt 24.
Postfach-Konto Leipzig Nr. 4604.

Nr. 386.

Halle, Donnerstag, den 19. August 1920.

Einzelpreis 30 Pfg.

Oberschlesien.

Der französische Versuch, gegen Wirtschaft, Ge-
sundheit und Logik, und selbst gegen den Wortlaut des
Vertragsvertrages, dem verunsicherten Polen ein deut-
sches Land zu erobern, hat die Wirkungen jeder Gewalt-
tätigkeit gezeitigt. Oberschlesien ist in Aufruhr, Blut
ist geflossen und die Machtübernehmen das Ansehen
zu nicht stellen lassen, die Waff- u. Niederzulegen. Daß es
so weit kommen konnte, ist offensichtlich nicht eine Folge
oberschlesischer oder gar gesamtdeutscher Widerstandes
gegen die Volksabstimmung; denn die nicht leicht ent-
kommene Bevölkerung Oberschlesiens hat sich in dem
Ziel des Friedensvertrages und selbst in einer lang-
wierige Unentschiedenheit über ihr Schicksal gefügt. Hatten
dennoch Wohlwollen dem verzweifelten Mut, sich gegen Be-
waffnete aufzulehnen, so kann die Schuld nur bei den
Gewalttätigen zu suchen sein.

Daß Frankreich sich dort nicht hüten und daß es den
Grimm über die Mißerfolge seiner Außenpolitik gegen
Deutschland fördern wird, ist gewiß. Darum ist in aller
Ruhe festzustellen: Für alles, was in Oberschlesien ge-
scheht und noch geschehen wird, ist Deutschland genau
so wenig verantwortlich wie für die Bekämpfung „neu-
polnischer“, ebenfalls deutscher Gebiete durch russische
Truppen. Frankreich hat sich, weit über die Bestimmungen
des Friedensvertrages hinaus, in Oberschlesien die
Macht verschafft, und hat von ihr einen Gebrauch ge-
macht, der das anfangs geduldet, in sein Schicksal er-
gebene Volk in Aufruhr trieb. Die verzweifelte Ent-
schlossenheit der Oberschlesier ist, wie man über ihre
Kampfergebnisse sonst denken mag, eine tatsächliche Tat-
sache, für die Frankreich verantwortlich ist; und die noch
günstlich unvorstellbaren Folgen auf sich zu nehmen
haben.

Auch wenn der von Oberschlesien handelnde Teil des
Vertrages nicht so verfaßt und durch die Tatsa-
chen einseitig wäre, wie er es ist, hätte die französische
Politik den Schaden nicht so tief, wie sie ihn durch
Frankreich zu rechnen hat. Der Vertrag sah die Ab-
stimmung vor und verpflichtete die Vertragsmächte, den
Vorbereitungen sachliche und unparteiische Berater zu
sein. Wie hat Frankreich dieser Pflicht genügt? Je
mehr sich auf den den Verbindungen die Erkenntnis aus-
breitete, welcher Widerstand es sei, in ein in Gemeinschaft
mit Deutschland lebensfähiges, für die europäische Wirt-
schaft unentbehrliches Gebiet der polnischen Verwalt-
ung auszuliefern, je unzulänglicher der Polenta auf sich
zeigte, auch nur die ihm bereits zugedachten Landes-
teile schlagartig, um so verbitterter waren die Franzosen
darauf bedacht, Oberschlesien die Macht fühlen zu lassen.
Sachliche, internationaler Auffassungen schloßen sich
Lande französische Ratgeber, die Zahl der Truppen
wurde häufig vermehrt, die polnische Ausübung wird
gehindert, jede deutsche Verbindung, und seit Unbruch
des russisch-polnischen Krieges selbst der Wille zur
Neutralität wie aufrührerische Stimmung verfolgt. Daß
eine solche Haltung der fremden Besetzten nicht unver-
meidbar ist, beweist das Beispiel des ost- und westpreussischen
Abstimmungsgebietes. Die Franzosen in Ober-
schlesien jedoch betrachteten sich als die Verbündeten des
Potentatus und taten alles, die Oberschlesier das fühlen
zu lassen.

Die Gründe der Gegenbewegung sind damit ge-
nannt. Hat Frankreich den ehrlichen Willen, sie zu be-
heben, so muß zum mindesten an den Grundfragen
der häufig von ihm geforderten Vertragsabstimmung zu-
rücktreten. Es beschneidet seine Truppen auf die Zahl,
die seine Aufsichtspflicht erfordert, es läßt die Verbindun-
gen ein, an der Bekämpfung wieder teilzunehmen, es be-
steht die Zustimmung und wagt in allem Uebrigen
die Zurückhaltung des Unparteiischen: Es wird sich
dann, trotz der Härte und Ueberboltheit der Vertrags-
bestimmungen, über Auflosigkeit nicht zu beklagen
haben. Noch richtiger und für seine Beziehungen zu den
eigenen Verbündeten vorzuziehen würde es freilich
handeln, wenn es seine Außenpolitik als Ganzes über-
prüft. Der Versailles Vertrag ist, das kann nicht be-
stritten werden, so gefast, daß die Zustimmung in Ober-
schlesien den Polen zum mindesten einen Teil des Landes
sicher stellt; die Zustimmung soll genau in dem Maße
erfolgen. Als diese Zustimmung erlassen war, schon
ein kräftiger, wirtschaftlich aufblühender Polenta und
denkbar. Wer, einseitiglich Frankreichs und Polens
selbst, hätte heute einen Vorteil davon, wenn das als
Wirtschaftsgebiet untrennbare Oberschlesien gerissen und
von seiner Industrie der polnischen Anstellung überant-
wortet würde? Die Oberschlesier wissen, was sie Deutsch-
land verdanken, und ihnen graut vor dem, was nach der
Trennung von Deutschland aus ihnen werden müßte.
Wirtschaftliche und politische Vernunft, auf der Ver-
bandsstaaten, gebietet Oberschlesien als Gesamtheit,
zu entscheiden zu lassen wie heute oder später die Tat-
sachen doch entscheiden werden.

Die Lage in Oberschlesien.

Weschen, 18. August. Nach einer Meldung der
„Deutschen Morgenpost“ aus Katowitz ist die un-
geheure Spannung des heutigen Tages abnorm zur Ent-
ladung gekommen. Gegen 6 Uhr abends hat sich vor dem
Hotel „Deutsches Haus“, dem Sitz des polnischen
Rechtsmittelskommissariats, eine unruhige Men-

schmenge angelammelt, die dort ein großes Waffenlager
vermutete und dessen Auslieferung forderte. Als ein Last-
automobil mit Sicherheitspolizei erschien, das die Menge
zerstreuen sollte, wurde plötzlich aus dem Hause das
Feuer eröffnet. Gegen 8 Uhr brach in den unteren
Räumen Feuer aus. Von den Besatzungsgruppen wurde
nicht zur Wiederherstellung der Ordnung eingeschritten.
Gegen 9 Uhr ergab sich die Belagerung. Die
Stadt ist sonst ruhig. Die Besatzungstruppen werden in
den Kasernen gehalten. Seit 9 Uhr abends ist die Ver-
bindung mit Katowitz unterbrochen.

Der Demonstrationsstreik in vollem Umfang durchgeführt.

Wreslau, 18. August. Der Demonstrationsstreik in
Oberschlesien kam gestern in der von uns gemeldeten Weise
zur Durchführung. In allen größeren Städten fanden
Protestversammlungen statt.

In Wreslau sind gerade zwei Nebener in Südhäusern-
gärten zu einer Menge von mindestens 8000 Personen, das
bei wurde, ebenso wie an anderen Orten, die gestern ge-
meldete Entschließung angenommen und die Einsetzung
einer Kontrollkommission, bestehend aus
Eisenbahnbeamten und Arbeitern gefordert,
die im Einvernehmen mit der Militärkommission
über alle künftigen Truppenverchiebungen
vorher verständigt werden soll.

Die russisch-polnische Frage.

Soldau, 18. August. Die russische Division hat hier die
Nachricht erhalten, daß Lemberg nach dreimaligem
Sturm genommen wurde. Die polnischen Verluste seien
sehr groß. Die Festigung der bolschewistischen Polenre-
gierung in Wladislaw machte Fortschritt, ebenso wie die
Bildung der polnischen Sowjetarmee, von der Teile
schon auf Seiten der Russen kämpfen.
Warschau, 18. August. (Haber.) Die Schicksal vor
Warschau ist ein wichtiger der Polen ihren Fortschritt zu
nehmen. Die Polen haben das Fort Komominal ge-
nommen.

Die Lage im „Korridor“.

Berlin, 19. August. Ueber den Vormarsch auf
Graudenz und den Beginn des Kampfes gegen Graudenz
wird der „Voll. Ztg.“ aus Deutsch-Eulau geschrieben: Der
polnische Korridor von Straszburg bis Deutsch-
Eulau ist von polnischen Truppen frei. Auf
dem linken Flügel rückt eine starke Kavalleriemasse gegen
Thorn vor, und es läßt sich erwarten, daß vielleicht noch
bedeutend südlicher ein Vorgehen über die Weichsel ver-
sucht werden. Der rechte Flügel kämpft ausschließlich vor
dem Eisenbahnenpunkt Goplerhausen. Der
Nordteil von Biskopswerder ist noch von starken
polnischen Truppen besetzt.

London, 18. August. Ueber die russisch-pol-
nischen Verhandlungen ist noch kein Bericht ein-
gelaufen. Nach einem Warschauer Telegramm war die pol-
nische Regierung gestern ohne eine Verbindung
mit ihren Delegierten.

Die Waffenstillstandskonferenz verlagt.

London, 18. August. (Reuter.) Eine heute in Lon-
don eingetroffene Warschauer amtliche Meldung besagt: Die
russisch-polnische Waffenstillstandskonferenz ist gestern Abend
7 Uhr eröffnet und auf heute verlagt worden.

Amsterdam, 18. August. Der polnische Mi-
nister für „Economic Standard“ erklärt aus guter
Quelle, daß die polnischen Delegierten sich weigern, der Be-
stimmung, betreffs Entwaflung des polnischen Heeres zu-
zustimmen, wenn die Russen nicht ebenfalls zur Entwaflung
übergingen. Ferner sollen die Polen nicht bereit sein,
Erleichterungen für den Verkehr zwischen Rußland und
Deutschland durch polnisches Gebiet zuzugestehen.

Amsterdam, 18. August. „Telegraaf“ meldet aus Lon-
don, daß der Vorsitzende der russischen Delegation in Wien
in seiner Eröffnungsrede erklärte, daß die Bolschewiken von
den polnischen Grundbesitzern Wirtschäften verlangen müß-
ten, die sie von den polnischen Arbeitern und Bauern nicht
gefordert haben würden.

Lloyd George auf Erholungsurlaub.

Paris, 18. August. Lloyd George empfing in Paris
auf der Durchreise den britischen Militär-Attache, der ihn
über die Lage der polnischen Armee unterrichtete. Gegen
Abend reiste er nach der Schweiz weiter.

Auch die Schweizer Arbeiterschaft gegen den Krieg.

Zürich, 18. August. Die Delegiertenversammlung der
Personal-Union des Eidgenössischen Personals in Zürich hat
eine Entschließung angenommen, in der es heißt: Das eid-
genössische Personal in Zürich erachtet es als eine dringende
Aufgabe, internationale Solidarität zu üben und alle
Waffen- und Kriegsmaterialtransporte durch die Schweiz
zu verhindern. Es fordert daher die Organisationen des
schweizerischen Eisenbahner-Verbandes und des Gewerkschafts-
verbandes an, sofort von den obersten Bundesbehörden
Veranstaltungen zu verlangen, daß keine Kriegsmaterial-
transporte durch die Schweiz durchgelassen werden. Sollten diese
Garantien verweigert werden, so wird der schweizerische
Eisenbahner-Verband aufgefordert, Abwehrmaßnahmen ein-
zuleiten.

Die Brüsseler Konferenz.

Paris, 18. August. Der Generalsekretär des Völker-
bundes landte bei der deutschen Regierung eine Ein-
ladung, in der sie aufgefordert wird, drei Vertreter zu
internationalen Finanzkonferenz für den 24. September
nach Brüssel zu entsenden. Die Konferenz soll aller-
dings bis auf neuen Antrag keine Fragen zu besprechen
haben, die sich auf die deutsche Entschädigung aus
Kapitel 8 des Vertrages von Versailles beziehen. Die
Besprechungen zwischen den Alliierten und Deutsch-
land Verhandlungen überleben. Wechselseitige Einladungen haben
auch die österreichische, ungarische und bulgarische Regierung
erhalten.

Die Genfer Konferenz.

Berlin, 18. Aug. Wie wir an zuständiger Stelle er-
fahren, wird nach den neuerdings eingegangenen Nach-
richten die Konferenz in Genf voraussichtlich erst in
der zweiten Hälfte des September stattfinden.

Ein Waffentransport für die Sipo festgehalten.

Zwischen dem Reichsministerium des Innern und
den Berliner Eisenbahnern ist es wegen eines
Waffentransportes nach Dirschau zu Differenzen ge-
kommen, die bis zur Stunde noch nicht beigelegt sind.
Am Dienstag nachmittag sollten auf dem Stettiner Bahn-
hof in Berlin 28 Waggons mit militärischen Aus-
stattungsgegenständen und Waffen verladen werden, die
über Stettin nach Königsberg gehen sollten und die
nach der Ausreise für die ostpreussische
Sicherheitspolizei bestimmt waren.

Der Betriebsrat des Stettiner Bahnhofes bean-
dete es, daß man für die Sicherheitspolizei 28 Waggons
in Anfrucht nehme, und verlangte eine Prüfung der
Ausreise und der einzelnen Transportwagen. Der
Transportführer, Leutnant Tausch von der Sicherheits-
polizei, wies daraufhin die Ausreise des Reichsmini-
steriums des Innern vor, aus denen hervorging, daß der
am 28. Wintermonat bestehende Zug nach Stettin geleitet
und von dort mittels Dampfer nach Königsberg weiter
geleitet werden solle. Trotzdem verweigerte der Be-
triebsrat die Abfahrt des Zuges.

Die Wiederaufnahme des Schiffsverkehrs.

Bremen, 18. August. Heute nachmittag ist in
Bremen an der amerikanischen Dampfer „Susquehanna“
unter der Reedereiflagge der in New York kürzlich
gegründeten United States Mail Steamship Company ein-
gelaufen. Der Dampfer wird von Bremerhaven nach
Danzig weitergehen. Damit hat sich ein Ereignis von wirt-
schaftlicher Bedeutung vollzogen. Das Einlaufen des
Dampfers bedeutet die Wiederaufnahme eines regelmä-
ßigen Passagier- und Frachtverkehrs zwischen
den Vereinigten Staaten und Deutschland.
Die „Susquehanna“, der frühere Dampfer „Athen“ des
Norddeutschen Lloyd, hat 170 Passagiere und 730 Tonne
Post für Bremen an Bord.

Preisabbau oder Generalstreik.

München, 19. August. Der Gewerkschaftsbund, in dem
die freien gewerkschaftlich organisierten Arbeiter vertreten
sind, beschloß, an den allgemeinen deutschen Gewerkschafts-
bund den Antrag zu richten, der Reichsregierung ein Mi-
nimum zu stellen, den Preisabbau zu bewirken. Sollte
die Reichsregierung einen ablehnenden Standpunkt ein-
nehmen, ist der Gewerkschaftsbund verpflichtet, mit den
politischen Parteien sofort die Arbeiterschaft zum General-
streik aufzurufen, um auf diesem Wege die Regierung zu
zwingen, den Preisabbau vorzunehmen.

Vom Völkerbund.

London, 18. August. Der Völkerbund teilt mit: Die
schwedische, dänische und norwegische Regierung hat vier
Zusatzanträge zum Völkerbundpakt eingereicht zum Zweck der
Prüfung durch die Völkerbundsversammlung in Genf am
16. November. Der erste Antrag fordert den Zusammen-
tritt einer jährlichen Versammlung zu einem bestimmten
Datum, der zweite verlangt die Einberufung einer Sonder-
tagung der Völkerbundsversammlung zu einem Datum auf
Eruchen von zehn Mitgliedern des Völkerbundes, der dritte
Antrag fordert, daß die Pflicht der Anrufung des Schieds-
gerichts erweitert werde, während der vierte die Abänderung
der wirtschaftlichen Blockade verlangt.

Und immer wieder die schwarze Schande.

Saarbrücken, 17. Aug. Aus zuverlässiger Quelle werden
uns folgende Einzelheiten berichtet: Aus Mangel an eigenen
Truppen mußten die Franzosen den Maroffanern und
anderen farbigen „Kulturträgern“ den Hauptteil der Ueber-
windung des Saargebietes während der Zeit des Belage-
rungsstillstandes überlassen. Die farbigen hatten sehr viele
kämpfende Wachposten und fast alle Streifenpatrouillen
waren ausschließlich aus Schwarzen zusammengesetzt. Diesen
Wachposten und Streifenpatrouillen war es ganz über-
lassen, festzustellen, ob sie einen Eisenbahner vor sich hatten
oder sonst einen Verdächtigen, der abzuführen war. Natür-
lich kamen infolgedessen häufig Mißgriffe vor, doch sind nicht
nur infolge mangelnder Kenntnisse der farbigen Truppen

taunige Wohlthätigkeit zu vereinigen gemeint. Die belgischen schwarzen Soldaten waren in ihrem Element. Aus den wenigen Orten, mit denen wir Fühlung bekommen konnten, erfahren wir von abgelaufenen neuen Schichten Sittlichkeitsverbrechen an Frauen und Mädchen aus den Tagen der schwarzen Wälder. Es handelt sich um Mitternachts einmündiger erwachsener Personen, in deren Allerhöchsteit kein Zweifel besteht werden kann. In zwei Fällen konnten wir genaue Einzelheiten erfahren: In einem Mädchen aus St. Ingbert wurden ebenfalls drei Uhr auf der Landstraße von Mitternacht und Hölle von einer maroccanischen Vorkette von fünf Mann angehalten, unter einem Vorwand verhaftet, dann in den Wald geschleppt und das eine Mädchen einmal und das andere dreimal vergewaltigt. Eins der Mädchen ist wenige Stunden darauf im Krankenhaus zu St. Ingbert gestorben. Am Dienstag wurde ein junges Mädchen am helllichten Tage im Eisenbahnübergang fortgehoben von einem Maroccaner, der dort als Wächter handhabte und dann vergewaltigt. Eine Frau, die bei dem Mädchen war, wurde mit gelbemem Gewehr unter Verdrehungen verhaftet. In diesen beiden Fällen liegen die genauen Namen der Uebelthäter und auch von Zeugen vor, die zu Hilfe eilen wollten, auf die jedoch die Maroccaner anlegten, weswegen sie sich zurückziehen mußten. Als die Wälder der beiden in Hölle überfallenen Mädchen sich dem Kommandant von St. Ingbert beschwerten, erstreckte sie die Antwort, er könne an der Erde nichts ändern, es wäre eben Krieg. Auch sonst sind Uebelthäter und Missethäter durch die Patrouille vorgekommen.

Der Herr Kommandant von St. Ingbert scheint noch nicht zu wissen, daß in Versailles ein Frieden geschlossen worden ist, der, wenn er auch seiner eigenen Nation zur Ehre gereicht, doch immerhin ein Frieden ist und in diesen Frieden ist unseres Willens auch das Saargebiet einbezogen.

Sie sucht wieder Anschluss.

Der seit den Tagen des App-Vertrages das Verhältnis der beiden holländischen Parteien in zueinander verflochten hat, gewinnt den Eindruck, daß diese Parteien, die nach einer Behauptung des deutschen Nationalen Führers, bolschewistisch geworden, ein und dasselbe Gebäude bewohnen, Elemente unter sich haben, die nach einer Auswanderung heute die deutschen Freunde sind, sich morgen vereinigen und übermorgen wieder vertragen. Man erinnere sich der Vorgänge!

Kaum hatte Kapp sich auf den Ministerposten gesetzt, da brach die „Holländische Zeitung“ in beredten Worten seine „nationalistischen Führereigenschaften“, und leitens der Deutschen Volkspartei beilegte man sich, der Kapp-Regierung „treue Mitarbeit“ in Aussicht zu stellen. Man war sich einig! Und diese Einigkeit übertrug sich auch auf das holländische Stadtparlament. Denn als in der Stadtbürgervertretung vom 15. März die Vertrauensfrage gestellt wurde, verhielt sich die holländische Delegation auch der holländischen Abgeordneten den Sozial. Man war sich wieder einig! Dann kamen die für Halle zu klug verlaufenden Tage. Kaum war die Luft rein, da fiel die „Holländische Zeitung“ über die Demokraten her, und in hitzigerer Freundschaft hetzte die Deutsche Volkspartei ein Schmädelplakat gegen die Demokraten an die Aushängeläden, für das sie den Vorwurf der Lüge und Verleumdung einreichten mußte. Das Freundschaftsverhältnis der beiden Rechtsparteien wurde dadurch nicht geändert. Man baute weiter gemeinsam auf die Demokraten.

Dann kam die Reichstagswahl. Auch hierbei war man einig! Man sprach ein und dasselbe. Holländische und Allgemeine Zeitung fanden sich in dem Schreiben, die ganze Wucht ihrer geistlichen Waffen ausgerichtet gegen die Demokraten zu richten. Und zwar in einer Form, daß beide Wälder sich rühmen dürfen, den politischen Kampf auf ein Niveau gehoben zu haben, wie es gleich niedrig in keinem anderen Wahlkreise unseres Vaterlandes geschehen ist. Diese die Freundschaft nahm eines Tages aber ein jähes Ende. Der eine war dem anderen bei der Agitation in den Straß-

gefahren. Und in den Tagen der Vorkampfer gehörten die Deutschen Nationalen mit einemmal zu einer Partei der Lüge und Verleumdung, die in stürzender Propaganda trieb. Darauf hiß die holländische Zeitung um sich und warf der früheren volksparteilichen Freundin „Umwertung von Begriffen“ und „Verbreitung des holländischen Lebens“ vor. Einen weiteren deutschnationalen Angriff belegte die „Allgemeine Zeitung“ dann mit dem Ausdruck „Belag“, worauf die „Holländische Zeitung“ die Botschaft gegen die „Allgemeine“ vorläufig mit der Bestimmung schloß, daß die Kampfbotschaft des volksparteilichen Tagesformen annehmbar, wenn es sich um gewisse Punkte seiner Grenzen geographisch sein können. So war der Straß zwischen den beiden Freundinnen fertig.

Auch als nun nach den Wahlen die Regierungsbildung kam, hielt die Freundschaft an. Die Volksparteier nannten die Deutschen Nationalen nicht mehr. In der „Holländischen Zeitung“ stellte man das in scharfer Verhöhnung fest und warf den Volksparteier vor, daß sie im Gegensatz zu ihrem Betrug vor der Wahl jetzt unter das demokratische Volk getreten wären. Die „Holländische Zeitung“ wendete die Deutschen Volksparteier deshalb bald in die „Holländische Zeitung“ und nannte sie eine unüberlässige und unbedenkliche Partei, die keine Reichspartei mehr sei und die die nationalen Gesichtspunkte internationalen geistert hätte.

So ging die „liebliche“ Auseinandersetzung eine Weile hinüber und herüber, bis man endlich wieder Sehnsucht nach einem neuen Freundschaftsverhältnis fühlte. Ein Beispiel hierzu lieferte der letzte Zusammenstoß von Deutschen Nationalen und Volksparteier in der Hüttinger Landtage. Und da Hüttinger und Sachsen nicht weit auseinander sind, setzten die Hüttinger dieses Bundes auch in Halle ihre Wurzeln ausstießen. Wie weit die bei den leitenden Führern zurück gelassen sind, entzieht sich unserer Kenntnis. Recht ausnehmend tritt aber bei der „Allgemeinen Zeitung“ das Betreiben zutage, sich den Deutschen Nationalen wieder als getreue Gefährtin zu empfehlen und den Anschluss wieder herzustellen.

Dazu mußte zunächst der Fall mit der „Dreieck“ dienen. „Holländische“ und „Allgemeine Zeitung“ fanden sich wieder in enger Freundschaft, um gegen die Demokraten zu Felde zu gehen, sich in der Umwertung von Begriffen zu überlegen und in Form, denen zum mit der „Holländischen Zeitung“ zu sprechen, nach gewisser Seite hin seine Grenzen gezogen zu sein. In Halle ihre Wurzeln ausstießen. Wie weit die bei den leitenden Führern zurück gelassen sind, entzieht sich unserer Kenntnis. Recht ausnehmend tritt aber bei der „Allgemeinen Zeitung“ das Betreiben zutage, sich den Deutschen Nationalen wieder als getreue Gefährtin zu empfehlen und den Anschluss wieder herzustellen.

Dazu mußte zunächst der Fall mit der „Dreieck“ dienen. „Holländische“ und „Allgemeine Zeitung“ fanden sich wieder in enger Freundschaft, um gegen die Demokraten zu Felde zu gehen, sich in der Umwertung von Begriffen zu überlegen und in Form, denen zum mit der „Holländischen Zeitung“ zu sprechen, nach gewisser Seite hin seine Grenzen gezogen zu sein. In Halle ihre Wurzeln ausstießen. Wie weit die bei den leitenden Führern zurück gelassen sind, entzieht sich unserer Kenntnis. Recht ausnehmend tritt aber bei der „Allgemeinen Zeitung“ das Betreiben zutage, sich den Deutschen Nationalen wieder als getreue Gefährtin zu empfehlen und den Anschluss wieder herzustellen.

Dazu mußte zunächst der Fall mit der „Dreieck“ dienen. „Holländische“ und „Allgemeine Zeitung“ fanden sich wieder in enger Freundschaft, um gegen die Demokraten zu Felde zu gehen, sich in der Umwertung von Begriffen zu überlegen und in Form, denen zum mit der „Holländischen Zeitung“ zu sprechen, nach gewisser Seite hin seine Grenzen gezogen zu sein. In Halle ihre Wurzeln ausstießen. Wie weit die bei den leitenden Führern zurück gelassen sind, entzieht sich unserer Kenntnis. Recht ausnehmend tritt aber bei der „Allgemeinen Zeitung“ das Betreiben zutage, sich den Deutschen Nationalen wieder als getreue Gefährtin zu empfehlen und den Anschluss wieder herzustellen.

Dazu mußte zunächst der Fall mit der „Dreieck“ dienen. „Holländische“ und „Allgemeine Zeitung“ fanden sich wieder in enger Freundschaft, um gegen die Demokraten zu Felde zu gehen, sich in der Umwertung von Begriffen zu überlegen und in Form, denen zum mit der „Holländischen Zeitung“ zu sprechen, nach gewisser Seite hin seine Grenzen gezogen zu sein. In Halle ihre Wurzeln ausstießen. Wie weit die bei den leitenden Führern zurück gelassen sind, entzieht sich unserer Kenntnis. Recht ausnehmend tritt aber bei der „Allgemeinen Zeitung“ das Betreiben zutage, sich den Deutschen Nationalen wieder als getreue Gefährtin zu empfehlen und den Anschluss wieder herzustellen.

von der „Allgemeinen Zeitung“ persönlich angebeißt als von ihr in Schutz genommen zu werden. Von welchem Erfolg die Anstaltsüberföhrung der „Allgemeinen“ an die Deutschen Nationalen begleitet sein werden und wie lange die neue Freundschaft hält, wird die Zukunft lehren.

Johannes Wortmann,

Deutsches Reich.

Das Reichsernährungsministerium ist alle Maßnahmen ergreifen, um bis zum 1. Oktober etwa zwei Millionen Tonnen Brotgetreide sich zu sichern und damit die Freigabe der Reichswirtschaft zu ermöglichen. Es ist nur dann die Freigabe der Reichswirtschaft zu empfehlen, wenn jene Sicherung erreicht ist.

Für das Flagen der Dienstgebäude sind durch eine Entschleunigung des preussischen Staatsministeriums alle bisherigen Vorschriften aufgehoben worden. Bis auf weiteres darf ein Flagen nur auf Grund besonderer Anweisung der Zentralbehörden und nur in den reuigen Fällen erfolgen. Die vorhandenen Fahnen dürfen weiter benutzt werden.

Schließung gegen Betriebsstörungen. Das Magdeburger Fried. Krupp-Großwerk droht jetzt öffentlich die dauernde Schließung seiner Betriebe an, falls sich in letzter Zeit mehrfach vorgekommenen Demonstrationen und Betriebsstörungen durch die Arbeiter wiederholen sollten. Eine größere Anzahl anderer Magdeburger Fabriken haben sich mit dem Werk solidarisch erklärt.

Reichswehrminister Groener, der zurzeit in München weil, hat die Vertreter der verschiedenen Verkehrsbeamten-Vereine und der Eisenbahner-Vereine empfangen, die ihre Wünsche bezüglich der Besoldungsordnung vorbrachten und dem General Groener gegenüber erklärten, daß die Rücktrittsbewegung des bayerischen Verkehrsbeamten-Vereins vom Reichs in den Landesdienst nicht politischer Natur war. Der Reichswehrminister versprach, auf eine ebenso rasche wie gerechte Behebung der Differenzen hinzuwirken.

Ein Zentralbetriebsrat für die Staatsbetriebe. Für die staatlichen Gruben im Reich-Rücklingshausen wurde ein Zentralbetriebsrat gewählt, welchem zehn Mitglieder des Bergarbeiter-Verbandes, sieben des Gewerkschafts-Vereins und acht der Union angehören. Der Zentralbetriebsrat soll nachprüfen, wie die Ursachen der häufigsten Betriebsstörungen der Staatsbetriebe zu beseitigen sind.

Die Leistungsfähigkeit

des Mannes im Beruf, der Frau im Hause, des Kindes in der Schule stützt sich auf kraftvolle Gesundheit. Continental-Gummis absetzen tragen erheblich hierzu bei. Leichter elastischer Gang, dadurch Schonung der Nerven und Füße, das sind ihre großen Vorzüge gegenüber Leder. Verlangen Sie von Ihrem Schuhmacher

Continental

Absätze

So gut wie Continental-Reifen.

Unterhaltungsbeilage der „Saale-Zeitung“ Freitag, 20. August. Inhalt: Der Ruppenlöcher. Roman von Karl Koller. — Freibleibend. Erzählung von Adolf Elmendorff. — Die Gottardbahn elektrifiziert. — Das neue wissenschaftliche Verfahren zur Mottenbekämpfung. — Die mütterlichen Pflichten. — Bunte Zeitung. — Literatur.

Lektüre junger Französinen.

Von Martin Schwabauer. (Nachdruck verboten.)

Es gibt Bücher, auf deren Umschlag Frauengestalten zu sehen sind, mit leuchtenden Strahlen und bis zur Wade reichenden Schößen bekränzt, im Ährten aber nackt, die Arme schwebend nach oben gestreckt, die Augen wüsten. Es gibt Bücher, auf deren Umschlag sich ein Anäuel feingliedriger Gestalten bald auf einem Teppich oder einer großen Schallensong umtummelt. Einige von diesen Büchern find gute, künstlerische Romane, und nur die Vertriebsfaktik der Verleger hat die häßlichen Dämonen für das verschämte Auge entfesseln lassen. Da die Verleger den Geschmack des Publikums kennen, so ist es wohl auch wahr, daß es allerorten sogenannte Bibliotheken gibt, die vollständige, niedrige, schmutzige Romane, Märchen und Tagebücher abgebenen Weisen und morschen Frauen ausweisen.

Wie es in Frankreich mit dieser Lektüre für die Weinen, die sich an fremden Verführungen emporzucken, bestellt ist, haben wir in der Besangenen nicht erfahren.

In unserem großen Besangenenlande ist es Jahre gab es einige hundert Arbeitabteilungen. Gütliche Besangenen arbeiteten in Stofffabriken, in Brillenfabriken, andere als Transporthelfer, als Eisen- und -Wälder, Schloßer, Straßenarbeiter. Und eine Abteilung nannte sich „Verbrennungsanstalt“.

Die Stadt Le Savre läßt den Reichth, den die Einwohner produzieren, in die großen Öfen verbrennen. An der Grenze der Stadt erhebt sich die Verbrennungsanstalt. Hier ungeheure Öfen, häußerger, verpöfzen die Luft im weiten Umkreis.

Eine Reihe von Autos und Fußboeren läßt hier unermüdet Tag und Nacht Berge von Schutt, Reichth, Müll ab. Kein Mann behelien die hier Öfen. Sie arbeiten in drei Schichten. Haben die ersten zehn Mann zwei Stunden gearbeitet, dann treten die nächsten zehn Mann an die Werk. Mit und vier Meter langen Eisenketten hängen sie in der Luft herum, damit der Reichth richtig zu Asche verbrenne.

Die Arbeiter — Besangenen — hantieren mit höchem Oberkörper. Eine ungeheure Glut sagt dafür, daß die Körper tropfen in Schweiß gebadet sind.

Das Annehmen des Reichth mit der Gabel, das Herumhören mit den Ohren, das mahnlässige Hüge, es ist eine Arbeit, der nur der Robuste gewachsen ist, die auch Stärke und Widerstandsfähigkeit zernährt.

Und trotzdem zogen die meisten Besangenen diese Arbeit jeder anderen vor. Denn die armen Kerle, die niemals zu offen belachen, denen man das Notwendige an Kleingeldern, Kochgeschirren, Schreibgegenständen vorenthält, fanden im Reichth ein herrliches Dinge. Reich beladen lebten sie nach der Schicht im Lager zurück. Sie fanden dort, in Schachteln verpackt, nicht gekostete Fleisch- und Gemüseerben, Zabat, Mals, Hosen, Pantoffel, Stiefel, Genden, Wapptannen, Kaffeestoffen, alle Hülfen, Regenschirme. Es gab nichts, was nicht im Reichth zu finden war.

„Wäher? Findet ihr denn keine Wäher?“ fragte ich. „Wäher? Wäher? Wo Wäher gehen? So viel wäher!“

Nun bekam ich jeden Tag Wäher mitgebracht, hebrädische Grammatiken aus dem Jahre 1851, astronomische, mathematische, philosophische Wäher aus vergangenen Jahrhunderten, vergilbt, zerlesen, verackert. Jahr-Entimes-Hinterreppenromane, Reste von alten Heißschriften und ab und zu zarte Wäherchen, die nach köstlichen Parfums dufteten, obwohl sie im Reichth gelegen waren.

„Sieh mal an, wie die Wäher gut riechen.“

Ja wohl die Wäherchen dufteten nach Nelken, Belläben, Seltrop.

Es waren Wäherchen in Goldstickeln, mit den feinsten Letzern auf dem zarten Papier gedruckt. Rareres, Lieblicheres in der Verpackung kann es nicht geben.

„Sommer auf dem Lande“, hieß der Titel. Ein anderer: „Die Liebe der kleinen Simone.“ — „Doulu und ihre Tante.“ — „Großmutter, Mutter und Tochter.“ Fast alles schlichte Titel, die auf Volksgeschichten oder Kleinbürgerromane schließen ließen.

Und ich las. Die ungläublichsten, wahrhaftigsten Dinge. Eine Jäntin in der Whantale, die dem Normalen ein Rätsel ist. Es ist gewiß! Alle eure Offiziären enthalten das wertvolle Schenker, Letzten, die die Quintessenz der Vorkämpfer und Hingabegewinnung der letzten Jagthunderter vorstellten. Jedes Wäherchen kostete fünfzig Centimes, und auf der letzten Seite ist der Preis verzeichnet: 60 Francs. Das war 1918, 1917, als das in Frankreich 15 Centimes, das Hund Wäher 1,50 Francs kostete.

„Findet ihr denn viele von dieser Art Wäher?“

„Von diesen da? Jeden Tag welche. Manchmal ein Duzend und mehr.“

Wir erkundigten uns beim französischen Aufseher der Verbrennungsanstalt nach der Herkunft dieser Wäher. „Ach die!“ sagte der Aufseher und grinste. „Das sind Wäher für junge Damen. Die jungen Mädchen aus den guten Familien kaufen sie sich von ihrem Taschengeld, und wenn sie sie gekauft haben, dann werfen sie sie in die Reichthkiste, damit niemand was davon merkt. Nur für junge Damen solche Wäher! Mir haben sie nicht nötig, wir Erwachsenen, die wir im Leben leben! Wir haben das alles in natura, und er frick sich über seinen gewöhnlichen Schnurrbart.“

Die Zusammenlegung preussischer Universitäten.

In seiner letzten Wochenüberfahrt im „Jenauer Volksblatt“ weist Professor Dr. W. er Land darauf hin, daß die Finanzkrisis, in der wir uns befinden, bereits anfängt, in der bestenfalls Form sich bemerkbar zu machen. Wir müssen unter allen Umständen ein großes Sparmaßmaßprogramm aufstellen und müssen unsern Gehirne des Lebens Deutschlands unter der Armut vor seinem Gebiete des Lebens Deutschlands halt machen kann. Bei allen gut gemeinten Anträgen, die man in dem Reichswirtschaftsrat zur Aufrechterhaltung des geistigen, wissenschaftlichen, kulturellen Lebens Deutschlands stellt, müssen wir uns auch auf diesem Gebiet daran begnügen, nicht mehr die reiche Nation von oben zu sein. Aber wenn dem auch so ist, so sollte man doch Vorschläge, die zu ihrer Durchführung gemacht werden, vor ihrer Durchsührung der bestenfalls Öffentlichkeit zur Kritik unterstellen. Es ist sehr richtig, wenn man sich an die zunächst in Betracht kommenden Kreise wendet, um ihre Ansicht zu hören. Wer ege Entschloßungen, z. B. über die Zusammenlegung von Universitäten in Preußen, getroffen werden, muß auch die Öffentlichkeit gehört werden, was sie zu beantragten Vorschlägen sagt. Über abgesehen hiervon vielerlei ist, müssen wir uns daran begnügen, so schnell als möglich auch, daß wir nicht mehr in der Lage sind, wie früher in kultureller Hinsicht an der Spitze der Nation zu stehen. Wir werden uns Befürchtungen aufreizen müssen. Es scheint, als ob der Zeitpunkt gekommen ist, in dem der Staat sich einseitig, unzulässig unzulässig zuzugewandt zu sein, was sich nun bede Mahnahmen zu treffen genommen ist. Dementis ändern an dieser Sachlage nichts, und man kann sehr wohl die Möglichkeit der bevorstehenden Auflösung einzelner Universitäten dementieren, wenn man sich entschlossen hat, sie nicht aufzugeben, wohl aber zusammenzulegen.